



Sitzungsvorlage

Nr.:	167/2005
ausgefertigt am:	24.08.2005
Fachamt:	Interner Servicebetrieb
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Kreisausschuss– Kreistag

Neuwahl der ehrenamtlichen Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) bei dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht

Die Amtszeit der ehrenamtlichen Richter des Senats für Flurbereinigung beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht endet mit Ablauf des 09.06.2006.

Zur Vorbereitung der Neuwahl der ehrenamtlichen Richter des Senats für Flurbereinigung bittet der Präsident des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichtes, bis spätestens zum 31.12.2005 einen Wahlvorschlag (eine Person) für den Landkreis Cuxhaven zu benennen. Es wird davon ausgegangen, dass der vom Niedersächsischen Landtag noch zu bestellende Wahlausschuss die Anzahl der aus dem Landkreis Cuxhaven vorgeschlagenen Personen entsprechend (auf eine Person) festsetzen wird.

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Kreistages notwendig.

Es soll ein Landwirt vorgeschlagen werden. Der vorgeschlagene Landwirt muss nach § 139 Abs. 3 Flurbereinigungsgesetz Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes sein und besondere Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft haben. Es wird gebeten, davon abzuweichen, einen Altenteiler vorzuschlagen, da nach dem Wortlaut des § 139 Abs. 3 Flurbereinigungsgesetz („Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes“) gegen dessen Wahl Bedenken bestehen. Schließlich sollte kein Landwirt benannt werden, der bereits Beisitzer der Spruchstelle für Flurbereinigung bei dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Hannover ist. Der Landwirt muss außerdem den Vorschriften der §§ 20 bis 23 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) genügen. Diese Vorschriften lauten:

§ 20 (Voraussetzungen für die Ernennung zum ehrenamtlichen Richter)

Der ehrenamtliche Richter muss Deutscher sein. Er soll das 30. Lebensjahr vollendet und während des letzten Jahres vor seiner Wahl seinen Wohnsitz innerhalb des Gerichtsbezirks gehabt haben.

§ 21 (Ausschluss vom Ehrenamt)

Vom Amt des ehrenamtlichen Richters sind ausgeschlossen

1. Personen, die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen oder wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt worden sind,
2. Personen, gegen die Anklage wegen einer Tat erhoben ist, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,
3. Personen, die nicht das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften des Landes besitzen,
4. Personen, die in Vermögensverfall geraten sind.

§ 22 (Ausschluss bestimmter Berufsgruppen)

Zu ehrenamtlichen Richtern können nicht berufen werden

1. Mitglieder des Bundestages, des Europäischen Parlaments, der gesetzgebenden Körperschaften eines Landes, der Bundesregierung oder einer Landesregierung
2. Richter,
3. Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, soweit sie nicht ehrenamtlich tätig sind,
4. Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit,
5. Rechtsanwälte, Notare und Personen, die fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig besorgen.

Anmerkung:

Der in § 22 Nr. 3 VwGO enthaltene Begriff „öffentlicher Dienst“ ist nach der Rechtsprechung weit auszu-legen; er umfasst beispielsweise auch Beamte im Nebenamt sowie Beamte und Angestellte öffentlich-rechtlicher Anstalten und Körperschaften (z.B. Krankenkassen, Industrie- und Handelskammern usw.).

Unter § 22 Nr. 5 VwGO fallen auch Rechtsbeistände, Prozessagenten, Angehörige steuerberatender Be-rufe und ähnliche Berufsgruppen, die fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig besorgen.

§ 23 (Berechtigung zur Ablehnung)

(1) Die Berufung zum Amt des ehrenamtlichen Richters dürfen ablehnen

1. Geistliche und Religionsdiener,
2. Schöffen und andere ehrenamtliche Richter,
3. Personen, die acht Jahre lang als ehrenamtliche Richter bei Gerichten der allgemeinen Verwal-tungsgerichtsbarkeit tätig gewesen sind,
4. Ärzte, Krankenpfleger, Hebammen,
5. Apothekenleiter, die keinen weiteren Apotheker beschäftigen,
6. Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben.

(2) In besonderen Härtefällen kann außerdem auf Antrag von der Übernahme des Amtes befreit werden.

Die Amtszeit der ehrenamtlichen Richter wird vom 10.06.2006 bis zum 09.06.2011 dauern. Daher sollte nur eine Person vorgeschlagen werden, die willens und bereit ist, das Amt für diesen Zeitraum auszuüben.

Für die Amtszeit bis zum 09.06.2006 wurde Kreistagsabgeordneter Herbert Peters 2001 vom Landkreis Cuxhaven für die Wahl als ehrenamtlicher Richter des Senats für Flurbereinigung vorgeschlagen, jedoch seinerzeit nicht für das Amt des ehrenamtlichen Richters vom Wahlausschuss gewählt. Dies beruht darauf, dass alle Landkreise in Niedersachsen vorschlagsberechtigt sind, jedoch nur vier bis sechs ehrenamtliche Richter aus diesen Vorschlägen gewählt werden.

Beschlussvorschlag:

Für die Wahl als ehrenamtlicher Richter des Senats für Flurbereinigung beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht für die Amtszeit vom 10.06.2006 bis 09.06.2011 wird eine noch zu benennende Person vorgeschlagen.

Bielefeld